

# AKTIONSBÜNDNIS

*für ein lebenswertes* BERLIN-BRANDENBURG

---



## Pressemitteilung

### Absurde Arbeitsplatzarithmetik - Fluglärm bei Frau StS´in Reiche

ABB-Sprecher MATTHIAS SCHUBERT trat Äußerungen in der Hauptstadtpresse entgegen, wonach das Nachtflugverbot mehr als 8000 Arbeitsplätze koste. Auf den Berliner Flughäfen arbeiten heute nach Angaben der Flughafengesellschaft 17.785 Beschäftigte (<http://www.berlin-airport.de/de/unternehmen/jobs-und-karriere/jobboerse/index.php/alle-stellenangebote/alle-anzeigen/Seite-2>). Zur Zeit fänden 41 Flüge in der Nacht (22-6 Uhr) statt. Mittelfristig rechne die Flughafengesellschaft mit 60 Flügen in der Nacht am BER. Die infolge von 41 Flügen in der Nacht zusätzlich entstehende Beschäftigungszahl am Flughafen liege maximal bei 100. Berücksichtige man die volkswirtschaftliche Regel, dass durch jeden Beschäftigten am Flughafen 1,4 Arbeitsplätze in der Region entstünden (Gutachten Prof. Thießen <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/10252.pdf> S. 2), könnten infolge des Nachtflugverbots maximal 140 Arbeitsplätze in der Region nicht entstehen. Diese Zahl sei lächerlich gering im Verhältnis zu den nachgewiesenen gesundheitlichen Schäden und dem Verlust an Lebensqualität durch Nachtflug. Da der Flughafen sich inmitten von bewohntem Gebiet befände und die Stadt Berlin überflogen werde, wecke jeder einzelne Flug 10.000 Menschen auf, erklärte SCHUBERT.

Diese Erkenntnis scheint sich in Brandenburg durchzusetzen. Nachdem der brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) den Aufsichtsratsvorsitzenden der Flughafengesellschaft, Klaus Wowereit (SPD), gebeten hat, noch vor dem 25. März auf der nächsten Gesellschafterversammlung beschließen zu lassen, dass die Flughafengesellschaft bei der Planfeststellungsbehörde beantragt, das Nachtflugverbot zu erweitern, wird sich in Kürze zeigen, ob auch die Staatssekretäre des Bundesverkehrsministeriums, Reiche und Bomba (beide CDU, letzterer ist Vertreter des Bundes in der Gesellschafterversammlung), bereit sind, den überragend wichtigen Schutz der Gesundheit über die geringen volkswirtschaftlichen Nachteile eines Nachtflugverbots am BER zu stellen.

Die Bürgerinitiativen wollen die CDU in Land und Bund daran erinnern, dass die CDU im Bund für die Umsetzung des Nachtflugverbots mitverantwortlich

sei, erklärte SCHUBERT. Hierzu veranstalte man am Sonntag, den 9. März, in der Zeit von 11-12 Uhr, gemeinsam mit der Lärmwehr eine Mahnwache am Wohnort von Frau Reiche in Frankenfelde bei Luckenwalde.

Kleinmachnow, den 7. März 2014

Matthias Schubert, Sprecher des Aktionsbündnisses

V.i.S.d.P.: Matthias Schubert, Tel.: 015140133961 Aktionsbündnis für ein lebenswertes Berlin-Brandenburg email: schubert.kleinmachnow@freenet.de